



Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Seite 60 Pfg. ...

Freitag, den 20. August 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn M. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis ...

Der Lohnabzug.

Welchen sozialen Zweck erfüllt der Lohnabzug?

Durch den Lohnabzug an der Steuerquelle soll dem Arbeitnehmer die Steuerzahlung dadurch erleichtert werden, daß an die Stelle viermaliger größerer Steuerzahlungen im Jahre eine Verteilung auf 12 bezw. 52 kleinere Zahlungen (zu denen dann nur geringfügige Nachzahlungen bezw. in den seltenen Fällen eines zu großen Steuerabzugs Rückerstattungen kommen) stattfindet.

Ein weiterer nicht hoch genug einzuschätzender sozialer Fortschritt des Lohnabzugs ist die Tatsache, daß bei dem nunmehr zur Durchführung gelangenden System die Zeit der Arbeitslosigkeit berücksichtigt wird, während früher der Stellenlose nur dann keine Steuern zu zahlen brauchte, wenn er mehr als zwei Fünftel des Jahres ohne Beschäftigung war.

Wer unter Würdigung aller dieser Gesichtspunkte noch immer der Meinung ist, daß der Arbeiter sich gegen den Lohnabzug und das technische Verfahren seiner Durchführung auflehnen soll, der kann nichts anderes, als die Besteuerung des Arbeiters und des kleinen Mannes überhaupt zu bekämpfen. Er wird damit aber nur denen in die Hände arbeiten, die ganz gerne auf jede direkte und sich nach der Steuerkraft des Einzelnen stützende Steuer verzichten und dafür alle Lasten auf den Verbrauch der breiten Massen abwälzen möchten.

In diesem Falle würde nichts anderes übrig bleiben, als eine Verbrauchssteuer zu erlassen, die z. B. die Lebensmittel noch erheblich verteuern würde. Die durch eine derartige Steuer noch weiter in die Höhe getriebenen Preise würden aber den weniger Bemittelten viel schwerer als den Vermögenden treffen. Ob das sozial gedacht ist, wäre eine andere Frage. Deshalb ist es irreführend und unsozial, gegen den Steuerabzug zu wüten, gerade als ob man damit die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt.

Die Arbeiterschaft aber, die stets Verständnis für alle sozialen Errungenschaften und Fortschritte im Staatsleben gehabt und sich, als sie noch außerhalb der Regierung stand, jahrelang für die progressive Einkommensteuer eingesetzt hat, wird, wenn sie die Dinge ruhig und im richtigen Lichte betrachtet, doch zuletzt das nunmehr zur Durchführung kommende Lohnabzugssystem billigen und sich für eine Stimmungsmaße zur Verweigerung der Steuerbezahlung, die angeblich ihre Interessen wahrnimmt, entschließen bedanken.

Warum hat man den Lohnabzug eingeführt?

Wir haben gesehen, daß der Staat zur Deckung seines Bedarfs unbedingt ständige Mittel braucht. Die Steuerperiode 1920, die sich infolge der Neuregelung der Einkommensteuergesetzgebung vom 1. April 1920 bis 31. Dezember 1920 erstreckt, bleibt als ein aus dem alt hergebrachten Rahmen heraustretender Uebergangszeitraum zwar vorläufig steuerlos, doch müssen die Steuerbeträge natürlich auch für diese Zeit gezahlt werden.

Nun ist an sich die für ein Rechnungsjahr geschuldete Einkommensteuer regelmäßig in vier Raten, nämlich in den ersten 15 Tagen der Monate Mai, August, November, Februar zu entrichten. Das erste Viertel der für das Rechnungsjahr 1920 geschuldeten Steuer war demnach schon in der ersten Hälfte des Mai fällig. Wären nicht die Steuerbehörden durch die große Zahl der neuen Steuern, die im letzten Jahre in verstärktem Tempo geschaffen werden mußten, aufs äußerste überlastet, so würden die Steuerpflichtigen längst im Besitz der Steuerzettel sein, und der Arbeiter, Angestellte und Beamte hätten genau wie der Landwirt, Kaufmann und Fabrikant bereits ein volles Viertel ihrer Jahressteuer bezahlen müssen. Wenn nun beim Arbeiter, Angestellten, Beamten, kurz bei allen denjenigen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, mit der Erhebung der Einkommensteuer angefangen und ihnen ein bestimmter Prozentsatz vom Lohn oder Gehalt allwöchentlich oder monatlich abgezogen wird, so geschieht dies aus dem Grunde, weil diese Berufe die einzigen sind, deren Einkommen heute schon zahlenmäßig feststeht und nachzuweisen ist. Fände dieser Abzug nicht statt, so müßten sie, genau wie die freien Berufe, am Ende dieser dreivierteljährigen Steuerperiode den gesamten Steuerbetrag auf einmal nachzahlen. Der Lohnabzug bildet keine

Sonderbehandlung der Arbeiterschaft oder der kleineren und mittleren Angestellten und trifft genau so gut das Gehalt des Reichspräsidenten, der Minister oder des Generaldirektors einer Aktiengesellschaft. Der Lohnabzug an der Quelle ist aber auch das bequemste Verfahren für den Steuerpflichtigen. Er erhält gewisse Prozente seiner Bezüge weniger, diese werden ihm für die Steuern gutgeschrieben, die er nach seinem Einkommen zu zahlen verpflichtet ist. Durch die neue Reichseinkommensteuer fallen außerdem alle Zuschläge, Gemeindesteuer, fünftes Steuerwertjahr weg.

Steigt beim Lohnabzug Doppelbesteuerung vor?

Es ist irrig, anzunehmen, daß durch den Lohnabzug an der Steuerquelle eine Doppelbesteuerung des Einkommens vorgenommen wird. Die laufenden Steuern für das nur drei Quartale (April bis Dezember) umfassende Steuerjahr 1920 sind natürlich zu zahlen. Sie werden aber nur dann sofort fällig, wenn dem Steuerpflichtigen von dem zuständigen Finanzamt ein Steueransforderungsschreiben zugeht. In der Mehrzahl der Fälle soll aber nach den Beschlüssen des Reichsfinanzministeriums die Bestimmung, daß die alte Einkommensteuer von den Gemeindebehörden eingefordert wird, für die für den Steuerabzug in Frage kommenden Personen nicht zur Anwendung gelangen. In den Fällen, in denen einzelne im Arbeitnehmerverhältnis stehende Personen trotzdem eine schriftliche Aufforderung zur vorläufigen Weiterzahlung der alten Steuern erhalten sollten, werden die auf Grund des Lohnabzugs einbehaltenen und in der Steuerkarte geklebten Beträge für diese vorläufige Steuer in Zahlung genommen. Es hat also niemand gleichzeitig und unabhängig voneinander die alte Steuer zu zahlen und sich den vorgesehene Abzug vom Lohn oder Gehalt gefallen zu lassen. Von einer Doppelbesteuerung kann daher keine Rede sein.

Nichtet sich der Lohnabzug nur gegen die Festbesoldeten?

Nun könnte es den Eindruck erwecken, als ob der Arbeitnehmer wenigstens für das Uebergangsjahr 1920 das einzige Objekt der Steuergesetzgebung ist, als ob er zunächst seine Steuern vorschußweise bezahlen muß, während der selbständige Gewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe von der Steuer verschont bleibt; dem ist aber nicht so, denn der eben erwähnte Personentheil hat genau wie der Arbeiter, Angestellte oder Festbesoldete seine Einkommensteuer zu entrichten, nur daß ihm naturgemäß kein Lohnabzug gemacht werden kann. Er erhält seine Steueranforderung in der Form eines Steueransforderungsschreibens und hat außerdem meistens noch die laufenden Kapitalertrags-, Gewerbe- und Besitzsteuern zu entrichten, sowie Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer und die Abgaben auf das Reichsnotopfer. Der Einwand, daß nur der Arbeitnehmer sein Einkommen auf Heller und Pfennig versteuern muß, ist nicht stichhaltig, denn auch das Einkommen eines jeden selbständigen Gewerbetreibenden, Kaufmanns oder Rentners, also jedes einzelnen Volksgenossen, unterliegt der behördlichen Nachprüfung, trotzdem er den Vorteil der Selbstanschätzung genießt. Diese Nachprüfungen zu veranlassen und falsche Steuereinschätzungen zu hintertreiben, liegt in der Hand eines jeden einzelnen. Es ist nicht nur sein Recht, sondern sogar seine Pflicht, falsche zu seiner Kenntnis gelangene Steuerangaben zur Anzeige zu bringen. Von einer Bevorzugung der freien Berufe und von einem Ausnahmestatus, das sich gegen die Arbeiter und Festbesoldeten richtet, kann daher nicht gesprochen werden.

Andere Länder haben die Erhebung der Einkommensteuer an der Quelle für das gesamte Einkommen schon seit vielen Jahren. England ist hierbei, wie in allen Dingen der Praxis führend vorangegangen; der Abzug an der Steuerquelle in England hat sich besonders gut bewährt, und diese Erfolge bildeten für den deutschen Steuergesetzgeber mit einem Grund, auf das Lohnabzugssystem zurückzugreifen.

Die württ. Regierung und der Steuerabzug.

Wie man hört, sieht die württembergische Regierung, die gestern in der Frage des Steuerabzugs eine Sitzung abhielt, auf dem Standpunkt, daß der Steuerabzug unter allen Umständen durchgeführt werden muß. Maßgebend für diese Erwägung ist die Tatsache, daß das Reich die Durchführung des Abzugs sowohl durch öffentliche Rundgebung angeordnet, als auch noch besonders telegraphisch das württembergische Landesfinanzamt angewiesen hat, den Abzug, so wie er gesetzlich angeordnet ist, durchzuführen. Die württembergische Regierung kann nicht dulden, daß ein von der Nationalversammlung bzw. vom Reichstag ordnungsmäßig beschlossenes und von dem Reichs-

regierung gesetzmäßig erlassenes Gesetz sabotiert wird. Ferner kommt in Betracht, daß gerade die Erragnisse der Reichseinkommensteuer größtenteils den Ländern und Gemeinden zufließen, daß also eine Sabotage dieser Steuer geradezu die Vernichtung der Finanzen der Länder und Gemeinden ist, so daß die württembergische Regierung allen Anlaß hat, mit allen Machtmitteln die Durchführung des Abzugs zu erzwingen. Für den Fall der Sabotierung hat die Regierung in ihrer Sitzung über etwa zu ergreifende Maßnahmen ebenfalls beraten.

Zur Lage im Osten.

Die russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen.

\* Die Verhandlungen sollten am letzten Dienstag beginnen, haben aber erst am Mittwoch zur kurzen Besprechung geführt. Die russischen Nachrichten lassen die Verschlagenheit der Russen erkennen. Die russische Diplomatie will und will nicht. Sie zieht die Verhandlungen hin, will Zeit gewinnen und die Propaganda für den Bolschewismus weiter treiben. Den Polen, die unlegbar durch ihre Gegenoffensive einigen Erfolg errungen haben, beginnt bereits der Kamm zu schwellen. Durch die gebesserte militärische Lage ermutigt, wollen sie die Entwaffnungsbedingungen, sowie die Verkehrsvereinfachungen zwischen Rußland und Deutschland durch polnisches Gebiet ablehnen. Ueber die Verhandlungen in Minsk sind nachstehende Meldungen eingelaufen:

Warschau, 19. Aug. Der „Temps“ meldet aus Warschau: Die polnische Delegation berichtet aus Minsk: Die erste sachliche Besprechung findet am Mittwoch nachmittag statt. Die Verhandlungen einigten sich, den Vertrag in vier gemeinsamen Sitzungen zu erledigen. Die erste gemeinsame Sitzung der Polen und Russen beginnt Donnerstag vormittag 10 Uhr.

Amsterdam, 18. Aug. Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß der Vorsitzende der russischen Delegation in Minsk in seiner Eröffnungsrede erklärte, daß die Bolschewisten von den polnischen Großbesitzern Bürgschaften verlangen müßten, die sie von den polnischen Arbeitern und Bauern nicht gefordert haben würden.

Amsterdam, 19. Aug. Der polnische Mitarbeiter des „Evening Standard“ erfährt aus guter Quelle, daß die polnischen Delegierten sich weigern, der Bestimmung betr. die Entwaffnung des polnischen Heeres zuzustimmen, wenn die Russen nicht ebenfalls zur Entwaffnung übergehen. Ferner sollen die Polen nicht bereit sein, Erleichterungen für den Verkehr zwischen Rußland und Deutschland durch polnisches Gebiet zuzugestehen.

Der polnische Gegenstoß.

Königsberg, 19. Aug. Im Vorgehen des bolschewistischen Nordflügels gegen die Weichsel scheint infolge der Rückwirkung der Lage bei Warschau ein Stillstand einzutreten. Südlich von Warschau hat die polnische Gegenoffensive auf der ganzen Front die Eisenbahnlinie Warschau-Siedlce-Ludow-Miendzyrzyl übergriffen. Die Orte sind in polnischer Hand. Die Offensivfront wurde durch die Rückeroberung von Wisnice und Kolbata durch die Polen befestigt. Eine unmittelbare Gefährdung Warschaws aus nördlicher und nordöstlicher Richtung ist vorläufig beseitigt. In Richtung Lemberg haben die Bolschewisten den Bug überschritten.

\* Berlin, 19. Aug. Zu dem polnischen Gegenstoß wird der „Post. Ztg.“ von einem militärischen Mitarbeiter geschrieben: Der weitere Erfolg wird davon abhängen, ob die zum Angriff zusammengeführten polnischen Truppen die Kraft zu einer langen Offensive haben, ferner davon, ob an der Einbruchsstelle die russischen Hauptkräfte schon heran sind, oder ob die Polen es hier zunächst nur mit schnell vorgebrungenen schwächeren Kräften zu tun haben. Die Russen werden mit Feindseligkeiten der polnischen Bevölkerung in ihrem Rücken zu rechnen haben.

Antwort von Lloyd George an Ramenew.

(W.B.) Amsterdam, 19. Aug. Der „Telegraaf“ meldet: Lloyd George hat Ramenew auf sein Schreiben vom 15. August mitgeteilt, daß England nicht beabsichtigt habe, Wzangel zu einer Offensive zu ermutigen. England wolle den Feindseligkeiten in Osteuropa ein Ende machen und zum Ausbruch bringen, daß die Kräfte nicht von Rußland abgetrennt werden dürfe.

Französische Verleumdungen.

\* Berlin, 19. Aug. Die Pariser Presse veröffentlicht eine Nachricht aus Warschau, nach der zwischen Deutschland und Sowjetrußland ein Luftdienst organisiert worden sei und deutsche Flieger den Auftrag hätten, militärische Bewegungen

Communalverbandes...
Kleider befinden...
Zwiebeln ver...
Blatt an die Ge...
Reihe von Fragen...
Bhand Bohnenmehl...
mehl verkaufe usw...
cht umhin können...
Bepfeln-Luftschiff...
gen des Friedens...
stet, soll die Fahrt...
dem Süden gehn...
Getreideernte ist...
endigt. Auch der...
h und Fach. Wenn...
rückblick, so sind...
Leider hat ein...
stige Erntewetter...
in vollem Gang...
ährend der letzten...
t. Beim Obst ist...
das dieses Jahr...
n Märkte bereits...
man auch dieses...
des hohen Preises...
den Bäumen ge...
a e u c h l e , Calw.
druckerei, Calw.
ad gesund.
nfrei
amburg 30.
lw.
firmen wurde heute...
unktaumwoollwerke...
Zweigniederlassung...
des selbständigen...
lung Hirsau ist die...
-Professor: Muff.
bung.
Freunde und Be...
den 21. August...
in Minklingen
Feier
n.
n,
und Frachtbote
n Pforzheim.
r.
als besondere
ehmen.
ohnen
st jedes Quantum,
Pfd. zu 40 Pfg.
Chr. Stürner.
terreichenbach.
ausen gesucht:
altene Wende
einige Ketten
g Holzfuhrwerk.
akob Schöninger.
EN
st
n. J. Stendle,
u am Markt.



in Polen und den Zustand der dortigen Verkehrswege zu beobachten. Hierzu ist zu bemerken, daß ein organisierter Luftdienst zwischen Deutschland und Sowjetrußland weder besteht, noch amtlicherseits in Aussicht genommen ist. Damit entfallen auch alle Behauptungen über angebliche militärische Aufträge für die Flieger dieses nicht vorhandenen Luftdienstes.

Paris, 19. Aug. Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes erhebt in einem Aufruf gegen die Ausweisung der beiden englischen Arbeitervertreter Einspruch. Die französischen Arbeiter werden aufgefordert, alles zu tun, um den Weltfrieden zu sichern. Der Verwaltungsausschuß wendet sich auch gegen die Hilfe, die die französische Regierung dem General Wrangel zuteil werden läßt.

Paris, 19. Aug. Einer Havasmeldung aus Newyork zufolge hat Staatssekretär Colby einer polnischen Abordnung erklärt, Amerika wolle Polen jede mögliche, mit dem Gesetz vereinbare Hilfe leisten, aber die Hilfe könne nur sehr klein sein, weil der Senat den Friedensvertrag von Versailles nicht ratifiziert habe.

## Ausland.

### Zurückgabe deutschen Eigentums.

\* Amsterdam, 19. Aug. Nach einer Meldung aus Kapstadt hat Premierminister Smuts im Parlament erklärt, daß die Deutschen, deren Eigentum von der Regierung beschlagnahmt wurde, entschädigt werden müßten. Bezüglich des Eigentums von Deutschen, die nicht in Südafrika wohnhaft seien, werde die Regierung sich an die Bestimmungen des Friedensvertrags halten. Nach Abzug der Schadensersatzforderungen seien ungefähr 9 Millionen Pfd. Sterl. in den Händen der südafrikanischen Regierung geblieben, die als Darlehen für 30 Jahre mit 4 Proz. verzinst zu betrachten sei, da die Regierung keine Sicherheit habe, daß das Geld, wenn es nach Deutschland geschickt werde, in die Hände der wirklichen Eigentümer gelange. Smuts sagte, die Regierung handele den Deutschen gegenüber so mild wie möglich in dieser Frage, da gemäß dem Friedensvertrag Südafrika das Recht haben würde, alles deutsche Eigentum in Südwestafrica zu konfiszieren.

### Schicksal von Togo und Kamerun.

(W.B.) Paris, 19. August. Kolonialminister Sarraut erklärte einem Vertreter des „Matin“ bezüglich der deutschen Kolonien Togo und Kamerun, nach der Entscheidung des Obersten Rats vom 7. Mai würden Kamerun und Togo nicht unter den Kolonien aufgeführt, die einem Mandat unterworfen seien. Frankreich hoffe deshalb, daß ihm ein Mandat übertragen würde.

(W.B.) Danzig, 19. Aug. Der Ausschuß der auswärtigen Angelegenheiten der verfassunggebenden Versammlung hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Reichskommissar Sir Reginald Tower zu ersuchen, im Kriege zwischen Rußland und Polen für das Gebiet der künftig freien Stadt Danzig die strengste Neutralität zu erklären und hieron den beteiligten Mächten unverzüglich Kenntnis zu geben. Der Beschluß ist in Abwesenheit der Vertreter der Polen und gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gefaßt worden. — Auf Antrag des Ausschusses der auswärtigen Angelegenheiten ist die verfassunggebende Versammlung für Freitag den 20. August zu einer Vollziehung einberufen worden mit dem einzigen Punkte der Tagesordnung: Besprechung der außenpolitischen Lage.

Budapest, 19. Aug. In der Nationalversammlung erklärte der Finanzminister, er werde demnächst eine Vorlage betreffend Einschränkung der Ausgaben für die Staatsverwaltung einbringen. Den ausländischen wirtschaftlichen Faktoren gegenüber werde er offenherzig die Fehler auf, um die Möglichkeit ihrer Hilfe zu erreichen. Die ausländischen Gläubiger hätten kein

Interesse, aus Ungarn zu verschleppen, was noch zu verschleppen sei, sondern sie hätten ein Interesse an der wirtschaftlichen Aufrichtung des Landes, damit es bald seine Schulden aus eigener Kraft begahlen könne. Wenn Ungarn und Europa eine gute Politik verfolgten, werde Ungarn bald die Abtragung seiner Schulden an das Ausland beginnen. Die Nationalversammlung nahm hierauf den Steuerreformgesetzentwurf, sowie einen Zusatz an, den Finanzminister um eine Gesetzesvorlage zu ersuchen betreffend Einziehung von 80 Prozent der aus Heereslieferungen entstandenen Vermögen.

(W.B.) Mailand, 19. Aug. Einem Telegramm aus Fiume zufolge verlangte eine stark besuchte Versammlung der Industriellen und Kaufleute der Stadt Fiume die Aufhebung der Ausfuhrverbote und die sofortige Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs mit Jugoslawien.

(W.B.) Washington, 19. August. (Havas.) Das Staatsdepartement erklärt offiziell, daß es kein Versprechen bezüglich der Anerkennung der mexikanischen Regierung gegeben habe. Die amerikanische Regierung verlange genügende Garantien und werde den Gang der Ereignisse abwarten. Sie werde sich darüber vergewissern, ob das gegenwärtige Regime in Mexiko fähig sei, eine feste Regierung einzusetzen und den internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

## Anruhen in Oberschlesien.

(W.B.) Kattowitz, 19. Aug. Die Lage ist ruhig, doch sehr gespannt. Hauptmann Leist, Adjutant der 1. Abteilung der Sicherheitswehr, wurde bei dem Versuche, die Menge am Bahnhof zu beruhigen, durch einen Herzschuß getötet. Bisher war es unmöglich, die Zahl der Opfer einwandfrei festzustellen, da die Toten und Verwundeten zumeist in Privatwohnungen geschafft worden sind. — Ueber die gestrigen Ereignisse werden von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten mitgeteilt: Trotz der Warnungen der Führer bestand die Menge darauf, durch die von Polizei und französischer Kavallerie abgesperrte Friedrichstraße zu ziehen. Der dem Cordon am Gebäud der interalliierten Kommission stante sich die Menge und verlagerte die Freigabe der Straße. Die französische Kavallerie ging mit blanker Waffe vor und trieb die Menge auseinander, die aber sofort wieder nachdrängte. Als ein Zug junger Lucchen und Mädchen unter dem Gesang der „Macht am Rhein“ in die Friedrichstraße einzuschwenken versuchte, drängte die Menge nach und der Cordon wurde zurückgedrängt. Plötzlich fielen Schüsse, worauf die Menge in wilder Flucht auseinanderstob. Gegen 8 Uhr abends waren mit Sicherheit 3 Tote und 15 Verletzte festgestellt. — Die interalliierte Kommission verbot auf 8 Tage das Erscheinen des „Oberschlesischen Wanderers“ und vier weiterer obererschlesischer Zeitungen.

\* Weuthen (Oberschles.), 19. Aug. Die interalliierte Kommission für Oberschlesien hat folgende Bekanntmachung erlassen: Von verschiedenen Seiten hat man das Gerücht zu verbreiten gesucht, daß die interalliierte Kommission an Polen während der jetzigen schwierigen Lage Waffenhilfe zu leisten beabsichtige. Man hat sogar behauptet, daß Truppenbewegungen zu diesem Zwecke begonnen hätten. Das ist durchaus falsch. Diefem Tendenzbericht zufolge sind große Protestversammlungen einberufen worden gegen eine Handlung, die die Kommission nie unternommen hat und nicht einmal zu unternehmen beabsichtigt. Damit kann nur eine Störung des amtlichen Dienstes und die Verwirrung des öffentlichen Lebens und Rechtes erzielt werden. Eine solche Agitation führt zu nichts. Sie kann nur den Feindern dienen, die die allgemeine Ruhe stören wollen, ohne sich um die Wohlfahrt des Lebens zu kümmern. — Wie aus Kattowitz von zuständiger Stelle gemeldet wird, beruht die Mitteilung über die Entwaffnung der

dortigen Sicherheitspolizei auf einem Irrtum. Vielmehr wird darauf verwiesen, daß das Verhalten der Truppen in jeder Hinsicht einwandfrei gewesen ist.

Weuthen, 19. Aug. Kattowitz war nachmittags ruhig. Die Spammung hält an. Der Theaterplatz ist durch französische Kavallerie und Infanterie mit einem Panzerauto besetzt. Patrouillen mit aufgepflanztem Seitengewehr durchziehen die Straßen. Die Sicherheitspolizei erhielt Verstärkungen. Italienische Truppen sind eingetroffen. Ihre Stärke ist unbekannt. Das Plebiszitkommissariat Oberschlesiens für Deutschland erläßt einen Aufruf, worin die deutschdenkenden Oberschlesier aufgefordert werden, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und Gewalttaten zu vermeiden.

Breslau, 19. Aug. Nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ aus Kattowitz befinden sich unter der verhafteten Besatzung des „Deutschen Hauses“ auch ein Gefolge Korfantys und ein polnischer Student mit Namen Koj. Bei diesem wurden ein Armeerevolver und gegen 50 Patronen gefunden. Im Verhör soll Koj gestanden haben, daß er mit 45 anderen Polen aus Lomnik Hotel in Weuthen nach Kattowitz geschickt worden sei, um die Schieberei zu inszenieren. Sämtliche Polen waren mit Schusswaffen ausgerüstet. Der anrückenden Feuerwehr und der Sicherheitspolizei gelang es, den Brand zu löschen und die privaten Bewohner aus den oberen Stockwerken zu retten. Nun drang die Menge in das Hotel. Große Stöße von polnischen Flugblättern, Zeitungen, Akten und Papieren wurden auf die Straße geworfen. Es wurde ferner eine sehr große Menge von Munition und Waffen erbeutet, die unter die Menge verteilt wurden. Im Laufe der Nacht wurden die Geschäftsräume der „Gazetta Ludowa“ vollständig zerstört und eine Reihe von polnischen Läden zerkümmert, u. a. das Geschäft des Großpolen Czaplinski und das Geschäft des Eisenhändlers Sidorzki. Es muß jedoch ausdrücklich betont werden, daß die Menge keine Plünderung im landläufigen Sinne sich zuschulden kommen ließ. Sie ließ z. B. die Juweliereäden und andere Geschäfte mit kostbarem Inhalt, soweit bekannt ist, unberührt und warf die Waren aus den Geschäften einfach auf die Straße. Erst später wurden diese Waren von lichtscheinem Gefindel, unter dem sich auch Polen befanden, weggeräumt. Die Schieberei hielt die ganze Nacht an.

\* Berlin, 19. Aug. Wie eine mehrheitssozialistische Korrespondenz erfährt, wird die Situation in Kattowitz vom Staatssekretär für die öffentliche Ordnung nach wie vor als sehr gespannt und äußerst bedrohlich angesehen. Es ist auch heute noch nicht möglich, schreibt die „D. Allg. Ztg.“, die Frage, wem an den Vorgängen in Kattowitz die Schuld aufzubürden ist, einwandfrei festzustellen. Die Untersuchung wird von deutscher Seite rücksichtslos geführt werden. Die Vorgänge der letzten Tage haben gewiß das Blut der Oberschlesier doppelt in Wallung gebracht. Trotzdem müssen sie Selbstbeherrschung bewahren. Sie werden volles Verständnis ihrer Lage im ganzen Deutschen Reich finden. Gerade deshalb darf man ihnen gegenüber auch die Hoffnung aussprechen, daß das, was in diesen Tagen Bedauerliches geschehen ist, nicht weitergeführt wird zu neuen Konflikten, die ihre Lage und die des Reichs aufs neue erschweren.

### Neutralität im obererschlesischen Abstimmungsgebiet.

(W.B.) Berlin, 19. Aug. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, steht die deutsche Regierung seit mehreren Tagen mit der interalliierten Kommission in Opele in Verhandlungen über die Wahrung der Neutralität im obererschlesischen Abstimmungsgebiet. Die interalliierte Kommission hat versichert, daß sie etwa die Grenze überschreitenden Truppen der Kriegführenden entwaffnen und internieren würde und daß sie auch jede Unterstützung der kriegführenden Mächte aus dem Abstimmungsgebiet heraus oder durch das Abstimmungsgebiet hindurch, z. B. durch Zufuhr von Munition, Rekrutierung usw. verhindern würde.

## Der Doppelmord in der Spittelgasse.

7) Erzählung von E. A. Poe. (Nachdruck verboten.)  
Ich machte den Versuch, aber es mißlang. „Das ist nicht die Spur einer Menschenhand,“ sagte ich.  
„Dann lies einmal diesen Abschnitt aus Cuvier,“ erwiderte Dupin.

Es war ein genauer Bericht über die Anatomie des großen braunroten Orang-Utangs der ostindischen Inseln. Die furchtbare Kraft, die Gewandtheit und Wildheit sowohl als die Fähigkeiten und der Nachahmungstrieb dieser Tiere, von denen die Eingeborenen behaupten, daß sie nur deshalb nicht sprächen, um nicht zur Arbeit und zu Sklavendiensten gezwungen zu werden, sind allbekannt. Das ganze Schrecknis des Mordes war mir jetzt mit einem Mal klar.

„Die Beschreibung der Finger,“ sagte ich, als ich fertig gelesen hatte, „stimmt genau mit dieser Zeichnung überein; ich sehe, daß nur ein Orang-Utang von der hier beschriebenen Art die von dir aufgezeichneten Nägelspuren hinterlassen haben kann. Auch dieser Büschel rotbrauner Haare entspricht genau der Angabe Cuviers. Trotzdem vermag ich noch nicht die Einzelheiten dieses furchtbaren Geheimnisses zu begreifen. Ueberdies hörte man ja auch zwei zankende Stimmen, von denen eine unzweifelhaft als die eines Franzosen erkannt wurde.“

„Ganz richtig, und du wirst dich eines Ausdrucks erinnern, der von fast allen Zeugen dieser Stimme zugeschrieben wurde, des Ausrufs „mon Dieu“. Ganz richtig ist dieser von einem der Zeugen (dem Konditor Montani) als ein Ausdruck der Warnung und der Klage bezeichnet worden. Ich habe daher auf diese beiden Worte meine ganze Hoffnung gebaut, das Rätsel gänzlich zu lösen. Ein Franzose ist Mitwisser des Mordes. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß er an der Bluttat keinen Anteil hat. Vielleicht ist ihm der Orang-Utang entsprungen. Er hat ihn möglicherweise bis zu jenem Schlafzimmer verfolgt; aber unter den aufregenden Umständen, die nun folgten, kann er ihn

nicht mehr wieder eingefangen haben. Das Tier befindet sich also noch in Freiheit. Dies alles sind nun freilich bloß Vermutungen; es ist eben ein reines Hin- und Herraten. Ist jedoch der Franzose, wie ich vermute, wirklich unschuldig an diesen Greueln, dann wird diese Anzeige, die ich gestern Abend auf unserem Heimweg in der Expedition der Zeitung „Le Monde“ (einem Blatte, das die Interessen der Seeleute vertritt und von diesen vielfach gelesen wird) aufgab, den Mann hierher in unsere Wohnung bringen.“

Damit überreichte er mir die Zeitung, und ich las:

„Eingefangen — im Bois de Boulogne am frühen Morgen des — (am Morgen nach dem Mord) ein sehr großer rotbrauner Orang-Utang von der Art, wie man sie auf der Insel Borneo trifft. Der Eigentümer, der ein Matrose auf einem maltesischen Schiffe sein soll, kann das Tier gegen genügenden Ausweis und Bezahlung der Kosten fürs Einfangen und Unterhalten sowie der Einrichtungsgelder wieder in Empfang nehmen. Nähere Auskunft — Straße Nr. —, Faubourg St. Germain.“

„Aber wie kannst du denn wissen,“ fragte ich, „daß dieser Mann ein Matrose ist und zu einem maltesischen Schiff gehört?“

„Ich weiß es ja auch nicht,“ sagte Dupin, „wenigstens nicht sicher. Aber hier ist ein kleines Stückchen Band, das nach seiner Form und seiner fettigen Beschaffenheit zu schließen unbedingt dazu benützt wurde, das Haar zu einem jener langen Zöpfe aufzubinden, wie sie die Matrosen so gern tragen. Außerdem ist ein Knoten daran, wie ihn nur ein Matrose binden kann und wie er den Matrosen eigen ist. Ich habe das Band am Fuße des Missetäters gefunden. Es kann keiner der beiden Ermordeten gehört haben. Sollte ich mich nun auch in meiner Schlussfolgerung irren, daß der Franzose ein Matrose auf einem maltesischen Schiff ist, so tut das weiter nichts zur Sache. Ist es ein Irrtum, so wird jener einfach annehmen, es habe mich irgend ein Umstand irregeführt, dem er weiter nicht nachforschen

wird. Habe ich aber recht, so ist damit außerordentlich viel gewonnen. Als Mitwisser des Mordes, wenn er auch keine Schuld daran trägt, wird der Franzose sich natürlich bekennen, ob er die Zeitungsanzeige beantwortet und seinen Affen zurückfordern soll. Er wird sich sagen: Ich bin schuldlos; ich bin arm; mein Orang-Utang ist für mich von großem Wert — für einen in meinen Verhältnissen steckt darin ein ganzes Vermögen —; weshalb soll ich ihn aus törichter Furcht vor einer drohenden Gefahr aufgeben? Man hat ihn im Bois de Boulogne aufgefunden, also sehr weit weg vom Schauplatz jener Schreckensstat. Wer sollte auf den Gedanken kommen, daß ein unvernünftiges Tier der Täter war? Die Polizei hat bisher keinerlei Spuren entdecken können. Und läme sie auch dem Tier auf die Spur, so wäre es unmöglich, mir ein Mitwissen an dem Mord nachzuweisen oder mir aus dem Mitwissen ein Verbrechen anzuhängen. Vor allem aber, der Aufgeber der Anzeige kennt mich, er bezeichnet mich als den Eigentümer des Tieres. Vielleicht weiß er noch mehr von mir. Wenn ich es unterließe, das wertvolle Tier wieder zurückzufordern, könnte und müßte ich erst recht Verdacht erregen. Ich will daher der Anzeige Folge leisten, den Orang-Utang abholen und ihn einsperren, bis die ganze Sache in Vergessenheit geraten ist.“

In diesem Augenblick hörten wir Schritte auf der Treppe. „Hatte dich bereit,“ sagte Dupin, „aber zeige die Pistolen erst, wenn ich dir ein Zeichen gebe.“

Die Haustür war von Dupin offen gelassen worden, und der Besuch war, ohne zu klingeln, eingetreten und mehrere Treppentufen heraufgekommen. Plötzlich schien er unschlüssig zu werden, und jetzt hörten wir ihn wieder hinuntergehen. Schon eilte Dupin nach der Tür, da hörten wir ihn wieder heraufkommen. Das zweite Mal lehrte er nicht wieder um, sondern trat entschieden auf und klopfte an unsere Zimmertür. „Herein!“ rief Dupin in warmem, kräftigem Tone.

(Fortsetzung folgt.)



## Deutschland.

### Die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung.

\* Berlin, 19. Aug. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm zu der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch eine Entschließung an, wonach die Zwangswirtschaft für Fleisch spätestens bis 1. Oktober aufgehoben wird. Die Einfuhr von Futtermitteln (insbesondere von Mais) soll sofort freigegeben und das Reichsfinanzministerium ersucht werden, zur Verbilligung des Mais und zur Verhinderung der Verfälschung von Brotgetreide ausreichende Mittel zur Verbilligung des Mais und zur Verhinderung der Verfälschung von Brotgetreide ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen und damit die Freigabe der Viehwirtschaft zu ermöglichen. Es sei nur dann die Freigabe der Viehwirtschaft zu empfehlen, wenn Sicherung vorhanden sei.

### Gegen den freien Handel mit Vieh und Fleisch.

(W.B.) Berlin, 19. Aug. Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und der Kreise Teltow und Nieder-Barnim reichten dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einen Antrag ein, in dem es heißt: Die Möglichkeit eines baldigen freien Handels mit Vieh und Fleisch erfüllt uns mit größter Sorge, da wir nicht die bisherige Fleischversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung aufrecht erhalten könnten. Der Reichszuschuß für Verbilligung des Auslandsfleisches würde fortfallen und die von uns abgeschlossenen Schweinemaschverträge ungültig werden. Auch würden sich Industrien und Konserverfabriken der freien Viehbestände bemächtigen. Dieser Zustand würde sich nach und nach zur Unertüchlichkeit steigern. Die Verantwortung dafür müssen wir ablehnen. Wir stellen den Antrag, von einer grundsätzlichen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch noch Abstand zu nehmen und erst durch geeignete Maßnahmen die Viehzucht und namentlich die Schweinemaschenergisch zu fördern.

### Aus dem deutschen Abstimmungsgebiet.

\* Allenstein, 19. Aug. Der Bizekanzler Dr. Heinze und der preußische Minister des Innern, Severing, trafen heute vormittag in Begleitung des Oberpräsidenten Sieha hier ein und wurden von dem Regierungspräsidenten in dem mit dem Vaterland wieder vereinigten Allenstein begrüßt, worauf der Minister des Innern erwiderte.

### Französische Lügen.

\* Berlin, 19. Aug. Wie sich das Pariser „Journal“ aus Berlin melden läßt, sei in Stettin die Frau eines französischen Majors von einer Volksmenge belästigt worden. Die Manifestanten hätten auch ein Detachement farbiger Truppen angegriffen. Diese hätten von der Waffe Gebrauch machen müssen, um sich einen Weg durch die Menge zu bahnen. — Nach amtlicher Feststellung hat sich der Vorfall wie folgt abgepielt: Ein 72jähriger Arbeiter wurde von der Frau des französischen Majors auf der Straße geschlagen, weil er sie im Vorübergehen gestreift haben sollte. Der alte Mann protestierte gegen die ihm widerfahrte Behandlung und forderte die Dame auf, ihn in Ruhe zu lassen. Sie ging zunächst auch weiter, kehrte aber dann noch einmal um und riß ihm die Mütze vom Kopfe, die sie ins Zentralhotel mitnahm. Die ihr folgende Menge verlangte die Rückgabe der Mütze, ohne daß es irgendwo zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre. Die Sicherheitspolizei wurde benachrichtigt, nachdem sich etwa 150 Personen vor dem Hotel angesammelt hatten, und erstreckte die Menge. Ein Angriff auf französische Truppen ist nicht erfolgt; es waren gar keine da und farbige Truppen stehen ohnedies nicht in Stettin.

\* Berlin, 19. Aug. Dem Reichsrat liegt, wie verschiedene Morgenblätter melden, der Entwurf einer Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten vor. Sie soll u. a. auf eine beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses hinwirken, so daß noch am Abend des Wahltages das Ergebnis vorliegt.

Berlin, 19. Aug. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, begab sich heute Abend nach Essen a. N., um sich an Ort und Stelle über die Durchführung der zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet getroffenen Maßnahmen zu orientieren und weitere Verhandlungen zu führen über die Frage, welche Maßnahmen noch außerdem ergriffen werden müssen, um die Lebenshaltung der Bergarbeiter so zu heben, daß sie die zur Durchführung des Spa-Abkommens notwendige Mehrleistung zu vollbringen im Stande sind.

Berlin, 19. Aug. Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichstags stimmte der Ausfuhr von 25 000 Tonnen Städtstoffdünger und der Verschonung dieser Ausfuhr mit der Ausfuhrabgabe zu. Mit dem erzielten Ueberschuß aus der Ausfuhr von Städtstoff soll zunächst eine Stabilisierung der Düngemittelpreise und weiterhin eine Senkung der Preise angestrebt werden, welche jedoch für den Herbst als ausgeschlossen gelten kann.

Berlin, 19. Aug. Der Ausschuss des Reichstags für Volkswirtschaft hat nach Beratung der Leinwirtschaft einstimmig eine Entschließung (Ztr.) angenommen, die Regierung zu ersuchen, die Zwangsbewirtschaftung des Leims sofort aufzuheben und beim Auftreten von Schwierigkeiten in der Leinwirtschaft dem Ausschuss für Volkswirtschaft Vorlage zu machen. Der Ausschuss hat sich alsdann bis zum 6. September vertagt.

(W.B.) Berlin, 19. Aug. Das südafrikanische Ministerium des Innern hat vom englischen Auswärtigen Amt Anweisung erhalten, Pässe für Deutsche, die über England nach Deutschland reisen wollen, zu gewähren. Es bestehen daher keine Passschwierigkeiten mehr bei der Heimreise Deutscher aus Südafrika über England.

\* Berlin, 19. Aug. In einem Telegramm an den Reichspräsidenten legt Forstrat Escherich, der Gründer der „Orgeesch“,

scharfe Verwahrung gegen das Verhalten des preuß. Ministers des Innern ein. Er werde kein verfassungsmäßiges Mittel unversucht lassen, seiner Organisation das Recht zu erkämpfen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. August 1920

### Die Stellung der württ. Regierung zur Orgeesch.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Aug. (Die Orgeesch.) Die in letzter Zeit durch die Veröffentlichungen über die Organisation Escherich (Orgeesch) in der Bevölkerung hervorgerufene Beunruhigung gibt der württ. Regierung zu folgender Erklärung Veranlassung: Der Minister des Innern hat bereits am 13. Juli ds. Js. im Landtag als „zugelassene bewaffnete Organisation“ — von Reichs- und Polizeiwehr abgesehen — nur die Einwohnervereine bezeichnet; er hat sich dabei u. a. auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai ds. Js. berufen, nach der ein Zusammenschluß von Personen zu Verbänden militärischer oder polizeilicher Art oder die Teilnahme an solchen ohne die Genehmigung der zuständigen Dienststellen unter Strafe gestellt ist. Die Staatsregierung teilt diesen Standpunkt in vollem Umfange; sie lehnt jede andere bewaffnete Organisation und auch die Verbindung mit solchen als mit dem Bestand der staatlichen Ordnung unvereinbar mit aller Entschiedenheit ab; sie wird bemüht sein, soweit sie zur Mitwirkung berufen ist, das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August nach allen Seiten gleichmäßig durchzuführen.

\* Calw, 20. Aug. Am morgigen Samstag, abends von 8 bis 10 Uhr, veranstaltet der Mandolinen- und Gitarrentub Calw (M. G. C. 1919) in den Liebenzeller Kuranlagen ein Abendkonzert. Dem trefflich ausgewählten Programm nach verspricht der Abend ein schöner Genuß zu werden. Das von der nunmehr 40 Mitglieder zählenden Kapelle seinerzeit im „Badischen Hof“ in Calw abgehaltene Konzert ist allen damaligen Besuchern noch in angenehmster Erinnerung. Das edle Saitenspiel kommt in freier Natur noch voller zur Geltung und gewinnt an Reiz und Schönheit, weshalb sich ein Besuch sicher lohnen dürfte.

\* Calw, 20. August. (Die Not der Imker.) Seit Jahrzehnten hat die Imkerei auf dem Schwarzwald kein so schlechtes Honigjahr zu verzeichnen wie das heutige. Der Schwarzwälder Bienenzüchter verläßt sich hauptsächlich auf den Waldhonig. Durch die vielen Regen, die kalten Nächte und den Hagelschlag honigte aber der Wald nicht und so blieben die Bienenvölker vollständig honigleer. Es besteht die große Gefahr, daß mindestens die Hälfte der Bienenvölker aus Mangel an Zucker eingehen wird. Es befinden sich im Bezirk über 4300 Bienenvölker. Wenn man auf das Volk nur 10 Pfund Zucker rechnet, so sind zur Erhaltung der Völker im Bezirk mehr als 400 Ztr. Zucker notwendig. Die Reichszuckerstelle hat alle Eingaben des Württ. Landesbienenzüchtervereins abgelehnt. Es ist dies um so unverständlicher, da dem Reichswirtschaftsministerium bekannt ist, daß Württemberg ein überaus schlechtes Honigjahr hat. Norddeutschland ist allerdings besser daran, da die Verhältnisse dort günstiger liegen. In Anbetracht der großen Notlage, in der sich die Bienenzüchter des Bezirks befinden, hat der Vorstand des hiesigen Bienenzüchtervereins eine dringende Eingabe an das Ernährungsministerium um Abgabe von Zucker gerichtet und eingehend die Gründe angeführt, die eine Berücksichtigung erfordern. Die Bienenzucht nimmt in der Volksernährung, in der Landwirtschaft und im Obstbau eine so hervorragende Stellung ein, daß es unbegreiflich wäre, wenn die Imkerei unerforschliche und riesige Verluste erleiden müßte. Es wäre sehr wünschenswert, wenn das Vorgehen des Vereinsvorstandes mit Unterstützung der beiden Landtagsabgeordneten im Bezirk von Erfolg begleitet sein würde.

\* Calw, 19. Aug. Wie der untere Teil des Friedhofs seiner Zeit neu angelegt wurde, so soll jetzt auch der mittlere Teil, der nun zur Verwendung kommt, in neuer schöner Gestaltung hergerichtet werden. Architekt Mäcke hat hierzu einen Plan gefertigt, der die Zustimmung des Gemeinderates gefunden hat. Gegenwärtig wird an der Ausführung des Entwurfs gearbeitet. Der ganze Platz ist in mehrere Belagsfelder eingeteilt worden, was eine bessere Gliederung und Ausnützung ermöglicht. Der Mittelweg wird etwas verbreitert, an der unteren Mauer entlang werden Familiengräber zur Verfügung gestellt werden können. Beim Eingang in den Soldatenfriedhof wird eine Brunnenstätte angebracht, so daß Wasser sowohl zum mittleren Friedhof als zum Soldatenfriedhof geholt werden kann. Der voreerst nicht benützte Teil des Friedhofs wird als Rasenplatz angelegt. Mit dieser Neuanlage erhält unser Friedhof auch äußerlich die eines Begräbnisplatzes würdige und stimmungsvolle Ausgestaltung.

(S.C.B.) Calw, 17. Aug. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Von neuem wird die Bevölkerung durch Gerüchte beunruhigt, daß württembergisches Getreide nach Norddeutschland verschifft werde. Es wird dabei hauptsächlich die Meinung verbreitet, unser Weizen und Dinkel solle verwendet werden, um das norddeutsche Roggenmehl zu verbessern. Diese unsinnigen Gerüchte, die geeignet sind, aufs neue Mißstimmung zu erregen und die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides in Verzug zu bringen, können nicht scharf genug bekämpft werden. In Wirklichkeit geht von dem in Württemberg geernteten Brotgetreide anlässlich seiner öffentlichen Bewirtschaftung kein Zentner außer Landes. Nach der Reichsgetreideordnung haben wohl auch die württ. Kommunalverbände, die für die beschlagnahmten Getreidevorräte nach Abzug des Eigenbedarfs der landwirtschaftlichen Betriebe und der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände der Reichsgetreidestelle zur Verfügung zu stellen. Diese läßt aber das ihr zur Verfügung ge-

stellte württembergische Getreide durchweg in württembergischen Mühlen mahlen und verwendet das Mehl ausschließlich zur Deckung des Bedarfs der württembergischen versorgungsberechtigten Bevölkerung. Dies ist ohne Beeinträchtigung der Versorgung des übrigen Deutschlands möglich, weil die Menge, die von dem in Württemberg erzeugten Brotgetreide nach Abzug des Eigenbedarfs der landwirtschaftlichen Betriebe und selbstwirtschaftenden Kommunalverbände übrig bleibt, zur Deckung des Bedarfs der württembergischen versorgungsberechtigten Bevölkerung entfernt nicht ausreicht, die Reichsgetreidestelle also hierzu außerdem noch eine erhebliche Menge außerwürttembergisches Brotgetreide heranziehen muß. Dieser Zuschuß hat in dem jetzt zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr schon die Höhe von 1½ Millionen Zentner überschritten.

\* Calw. Mit Beginn des Schuljahres 1921/22 wird die schrittweise Einführung der Grundschule ihren Anfang nehmen. Ein Lehrfach ist nach Art. 148 der Reichsverfassung der Arbeitsunterricht. Dieser tritt aber in der Grundschule noch nicht als selbstständiges Unterrichtsfach auf, sondern bildet einen Bestandteil des gesamten Unterrichts, der nach dem Grundfah des schaffenden Lernens zu erteilen ist. Um eine größere Zahl von Lehrern und Lehrerinnen an Volks-, Bürger- und Mädchenschulen sowie an den bisherigen Elementarschulen in der neuen Lehrweise auszubilden, werden die Oberschulbehörden im Laufe des Herbstes eine Reihe von Lehrgängen in Stuttgart, Eßlingen, Heilbronn, Gmünd, Künzelsau, Tübingen, Reutlingen, Rottweil, Ulm und Saulgau, unter Umständen auch noch in einigen anderen Städten des Landes veranstalten. Erfreulicherweise haben sich auf das erste Ausschreiben über 800 Teilnehmer gemeldet. Die in Aussicht genommenen Leiter und Lehrenden der Lehrgänge wurden in der Woche vom 2.—7. August ds. Js. in Stuttgart zu einem besonderen Lehrgang versammelt, der im Namen der drei beteiligten Oberschulbehörden von Schulrat Pollich geleitet wurde.

(S.C.B.) Calw, 17. Aug. In Württemberg sind infolge der Fernsprechnachfrage 22,75 Proz. der Fernsprechnachschlüsse mit Baugebühren und 42,9 Proz. der Anschlüsse mit Grundgebühren gekündigt worden, das ist die stärkste Kündigung im Reichsgebiet. In Bayern betragen die entsprechenden Zahlen nur 6,91 und 14,65 Proz. In Preußen sind sie zumeist noch geringer.

(S.C.B.) Calw, 20. Aug. (Eine interessante Parallele.) Nach der Zusammenstellung eines Pariser Blattes sind die Kosten für den Lebensunterhalt gegenüber 1913 gestiegen: In den Vereinigten Staaten um 206 Prozent, England 257 Proz., Frankreich 330 Proz., Italien 330 Proz., Deutschland 1000 Proz., Oesterreich 400 Prozent. Die Steigerung des Notenumlaufs ergibt eine überraschende Parallellität. Die Zunahme dieses beträgt in den Vereinigten Staaten 171 Proz., England 244 Proz., Frankreich 375 Proz., Italien 435 Proz., Deutschland 875 Proz., Oesterreich 3900 Prozent.

(S.C.B.) Calw, 17. Aug. Wegen des Verkehrsstreiks im Saargebiet können Postsendungen dahin bis auf weiteres nicht zur Beförderung angenommen werden.

(S.C.B.) Stuttgart, 18. August. (Hundemarkt.) Dem gestrigen 3. öffentlichen Hundemarkt am Schlachthof waren 240 Hunde (170 große und 70 kleine) aller Rassen zugeführt. Junge Hunde erzielten Preise von 40 bis 100 M und wurden rascher verkauft als alte, bezüglich deren der Markt mäßig befehlt war.

S.C.B. Stuttgart, 18. August. Unter der Führung von Stadtdr. Lempp sind weitere 300 erholungsbedürftige Stuttgarter Kinder im Barackenlager Heuberg eingetroffen.

S.C.B. Bietigheim, 18. Aug. (Die beste Kur.) Kommt da ein fremder Mann, den linken Arm in der Schlinge, ins städtische Krankenhaus, angeblich an Lungenblutung und anderem infolge von Kriegsverletzung leidend. Der Mann verwickelt sich bald in Widersprüche und so verständigt man die Polizei, die in dem angeblichen Kranken einen von der Staatsanwaltschaft Pforzheim steckbrieflich verfolgten Betrüger erkannte. Zu seiner Heilung von Betrügereien wurde er ins Gerichtsgefängnis Pforzheim eingeliefert.

S.C.B. Heilbronn, 18. August. In Leipzig sind auf dem Bahnhof 38 Rollen besten Sohlleders im Wert von etwa 1 Million Mark durch den Betrüberrat angehalten worden. Sie waren abgehandelt von der Lederfabrik Heilbronn im Auftrag der Reichsschuhverforgungsgesellschaft in Berlin und adressiert an einen Rechtsanwalt in Pöhlitz, einen Seminarlehrer in Oberlogau, an die Singrumschule in Kottowitz und zwei weitere Adressen in letztgenannter Stadt. Die Sendungen wurden angehalten, weil der Verdacht entstand, das Leder solle nach Polen zur Beförderung von Soldatenstiefeln verschoben werden.

S.C.B. Heilbronn, 18. Aug. Der Dampferverkehr zwischen hier und Heidelberg, bekannt unter dem Spitznamen Süddeutscher Rhod, ist infolge des niedrigen Wasserstandes des Neckars eingestellt worden.

(S.C.B.) Heilbronn, 19. Aug. (Streit.) Wegen Lohnminderungen ist lt. „Redarzig“ die gesamte Arbeiterschaft des Salzwerks gestern früh in den Streik getreten. An Stelle der bisher üblichen monatlichen Lohnzahlung wurde Zahlung von Wochenlohn verlangt. Es fanden noch Verhandlungen statt.

(S.C.B.) Heilbronn, 19. Aug. (Heilbronner Zucker in Basel.) Zu dem im „Redarzig“ erschienenen Artikel sendet die Zuckerfabrik Heilbronn folgendes Schreiben: „Auf Ihre Frage: „Kann nicht auch die Zuckerfabrik Heilbronn selbst zu einer Austunft über den Verkauf ihres Erzeugnisses im Ausland behördlich veranlagt werden?“ erwidern wir, daß bei seit Beginn der Zwangswirtschaft kein Zucker die Fabrik verlassen hat, zu dessen Lieferung wir nicht durch Verfügung der Reichszuckerstelle oder der Zuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe in Würzburg verpflichtet waren. Die Zucker gingen sämtlich, soweit sie durch die Reichszuckerstelle verfügt waren, an die Kommunalverbände, soweit sie durch die Zuteilungsstelle in Würzburg angewiesen waren, an zuckerarbeitende Betriebe in Deutschland. Wenn Schiebungen in Rattagehanden haben, so kann das durch Leute geschehen sein,“



die den Zucker von uns auf amtliche Anweisung hin geliefert bekommen haben. Auskunft darüber, wer den Zucker über die Grenze gebracht hat, müssen die Zollämter an der badisch-schweizerischen Grenze geben können. Wir haben die Angelegenheit der Reichszuckerstelle zur weiteren Behandlung übergeben."

(S. B.) Sonthem b. Heilbronn, 19. August. (Wie der Preisabbau hintertrieben wird.) Von amtlicher Seite war uns eine Notiz darüber zugegangen, wie der Preisabbau hintertrieben wird. Die Zwirnerei Adermann u. G. hat darauf folgende Erklärung abgegeben, die der Defensivität gleichfalls von Interesse sein wird: „Der bisher vom Zwischenhandel dem Fabrikpreise mit etwa 15 Prozent zugeschlagene Händlernutzen ist ab 1. Juni 1920 durch Vereinbarung sämtlicher Fabriken abgelöst worden durch einen vom Fabrikanten getragenen Rabatt von 10 Proz., der jetzt den Bruttonutzen des Großhändlers bildet. Für den Käufer wird also hierdurch der Nährfaden um 15 Proz. verbilligt. Damit diese nicht einmal die Spesen des Zwischenhandels deckende Vermittlungsgebühr dem Händler gesichert bleibt, ist ihm die Verpflichtung auferlegt worden, diese 10 Prozent für sich zu behalten und sie nicht zu unredlichen Schleudereien zu benutzen. Gleichzeitig mit dieser Rabattgewährung sind die Grundpreise um über 20 Prozent ermäßigt worden, so daß der Nährfadenpreis für den Käufer ab 1. Juni 1920 tatsächlich um etwa 35 Proz. verbilligt worden ist. Dieser starke Preisabbau ist Anfang August durch eine weitere Preisermäßigung fortgesetzt worden. Wenn die Nährfadenpreise immer noch auf einer bedauerlichen Höhe stehen, so ist zu beachten, daß noch

heute Baumwolle und die wichtigsten Hilfsstoffe mehr als das 50fache des Friedenswertes kosten. Es ist auf das Schärffste zu verurteilen, daß auf gänzlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhende Veröffentlichungen erfolgen, ehe irgend welche sachverständige Prüfung stattgefunden hat. Zwirnerei Adermann, u. G."

(S. B.) Mergenthaler, 19. August. (Ein berühmter Sachtele.) Wie die „Taubertag“ aus Amerika erfährt, haben die Vorstehenden der amerikanischen Zeitungsverlegervereinigungen den Erfinder der Linotypemaschine, Otto Mergenthaler, für eine Ehrung in der Ruhmeshalle vorgeschlagen. Mergenthaler war am 10. Mai 1854 in Sachtel (N. Mergenthal) als Sohn eines Lehrers geboren und ist am 23. Oktober 1899 in Baltimore gestorben. Von Beruf Uhrmacher, kam er im Alter von 18 Jahren nach Baltimore, wo ihm nach langen und mühevollen Versuchen die Erfindung der Linotype gelang, die heute über die ganze Erde verbreitet ist. — (Auch der Sach unseres Blattes wird mit Mergenthaler Maschinen hergestellt.)

(S. B.) Künzelsau, 19. August. (Eine Gemeinheit.) Ein Gutsbesitzer in Jungholzhausen sieht sich zu folgender öffentlichen Erklärung veranlaßt: „300 M. Belohnung demjenigen, der mir den Feigling nachweist, der einen anonymen Brief an die Staatsanwaltschaft geschrieben hat, daß ich an der traurigen Mordaffäre an meinem besten Freund, dem fürstlich-hohenlohschen Forstwart Fritz Haub in Tierberg beteiligt sei. Ich fordere jedermann auf, mir diesen traurigen Schurken helfen ausfindig zu machen, damit ich ihn dem Gericht überliefern kann.“

(S. B.) Leutkirch, 19. Aug. (Abgefaßt.) In der Nacht wurde beim Schlachthaus ein hiesiges Brüderpaar (Biehhändler) mit ihrem Fuhrwerk von der Landjägersmannschaft angehalten. Dabei wurde eine Ladung Mehl mit etwa 7 Ztr. beschlagnahmt. Wie man hört, wäre das Mehl mit großem Gewinn an die bayerische Grenze befördert worden. Die beiden Brüder sind durch das viele nächtliche Fuhrwerken schon seit Monaten aufgefallen. Außerdem sind noch zwei andere hiesige, als Hauptbeschreiber berüchtigte jüngere Leute, die seit einiger Zeit schon durch ihre Faulenzerei wie auch durch ihre verschwenderischen Ausgaben den allgemeinen Unwillen herausforderten, dem Schicksal in die Hände gelassen.

### Kirchliche Nachrichten.

**Evangelische Gottesdienste.**  
Sonntag (12. Sonntag n. Trin.), 22. Aug.: Vom Turm: 3.92. Predigt: 2.91, „Die Gnade wird doch ewig sein...“ 8 Uhr und 9 1/2 Uhr: Predigt, Stadtpf. Schmid. 1 Uhr: Christenlehre mit den Töchtern des jüngeren Jahrgangs.

**Katholische Gottesdienste.**  
Sonntag, 22. August: 8 Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Predigt und Amt, Domkapitular Laur. 2 Uhr: Andacht. — Montag, 23. August: Gottesdienst in Bad Teinach.

**Gottesdienste in der Methodistengemeinde.**  
Sonntag, 22. August: 10 Uhr: Predigt, Stook, Prediger der Ev. Gemeinschaft. 11 Uhr: Sonntagschule. 8 Uhr: Predigt, Raichle. — Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Bibel- u. Gebetsstunde, Raichle.

Für die Schriftl. verantwortlich: J. B. J. Bauehle, Calw. Druck und Verlag der A. Bishöffer'schen Buchdruckerei, Calw.

**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
Am Montag den 23. ds. Mts., vormittags von 8—12 Uhr können b. Stadtschultheißenamt Mahlscheine beantragt werden.  
Die Marken zum Bezug von Auslandszucker werden am Dienstag, den 24. ds. Mts. in der Reihenfolge wie bei der Brotkartenabgabe ausgegeben.

Wegen Arbeiten am Leitungszug sind wir genötigt, in nächsten Tagen in der Zeit von **12—1 und 5—7 Uhr nachmittags Stromsperre** eintreten zu lassen.  
Calw, den 20. August 1920.  
Städt. Elektr.-Werk: Schlaich.

**Württ. Landesparkasse.**  
Die Agentur Calw ist am 23., 24. u. 25. Aug. geschlossen.

**Landw. Consumverein Calw.**  
Thomasmehl, Chlorkali, Rainit, Koch- und Viehfalz, sowie Senfsaat sind auf Lager.

**Zur Ausführung elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art, auch für Städtische Arbeiten zugelassen empfiehlt sich**  
**Adolf Braun, Biergasse, Installations-Geschäft.**

Habe in meiner Stallung ab Samstag den 21. August 1920 einen Transport schöne **Oberländer Milch- u. Läufer-Schweine** zum Verkauf.  
**Friedrich Stockinger, Schweinehändler, Gärtingen.**  
Fernsprecher Nr. 10.

Mein Amtszimmer ist unter **Rufnummer 5** an das Fernsprechnetz angeschlossen.  
**Verwaltungsaktuar Hilligardt, Teinach.**

**Zugelaufen**  
ist mir ein älterer, rassenreiner, rotgelber **Halbhund.**  
Derselbe kann innerhalb 2 Tagen abgeholt werden gegen Einrückungsgebühr u. Futtergeld bei **Rudolf Großmann, Bad-Teinach.**  
Am Nichtabholungsfall wird der Hund verkauft.

Heute eingetroffen:  
**Freische Schellfische** Pfd. Mk. 2.20,  
**freische Goldbarsche** Pfd. Mk. 3.20.  
**Georg Pfeiffer, Badstraße.**

Wir empfehlen:  
**Feinstes Cocosfett,** weiß, Pfd. 18.00 Mk.  
**Margarine,** gefalzen Pfd. 9.80 Mk.  
**Feinstes Salatöl,** Liter 25.00 Mk.  
**Cond. Vollmilch,** gezuckert, Dose 8.50 Mk.  
**Ausländischen Gries** Pfd. 4.50 Mk.  
**Pfannkuch & Co.,** Telefon 45.

Bringe mein Lager in fertigen, neuen u. gebrauchten **Fässern** bester Qualität, in empfehlende Erinnerung.  
**Fr. Schab, Küfermeister** z. „Sungler.“

**Hirsau.**  
Kommenden Sonntag, den 22. ds. Mts., abends von 8—10 Uhr bei günstiger Witterung  
**Konzert**  
in den hiesigen Kuranlagen durch die **Feuerwehrkapelle Dillweissenstein**  
Beleuchtung der Klosterruine.  
Eintritt für Erwachsene Mk. 1.—, Kinder unter 14 Jahren 50 Pfg.  
Kurverwaltung.

**Sozialdemokrat. Verein Calw.**  
Morgen Samstag Abend 8 1/2 Uhr bei Bäcker Kirchner, Vorstadt, **Mitglieder-Versammlung.**

Vollzähl. Erscheinen wird erwartet. Sammelstift, Mitgliedsbuch u. s. w. sind mitzubringen. Der Vorstand.  
**Schafwollgarne, Herren- u. Damen-Kleider, Stoffe jeder Art,** färbt und reinigt waschecht in allen Farben rasch und billig.  
Annahme bei: **R. Reisser, Pforzheim, Schlossberg 11.**  
**E. Reisser, Liebzell, Kirchstr. 182.**

Auf Sonntag finden 2—3 tüchtige **Servier-Mädchen** Beschäftigung bei **Konnenmann z. Waldhorn, Hirsau.**  
Eine schöne, 5 Monate alte **Ziege** ist zu verkaufen  
**Stuttgarterstraße 389.**

**Möttlingen.**  
Einen schönen 1 1/2 jährigen **Stier** verkauft **Marie Weiß.**

**Gas Hof** oder Wirtschaft, mit o. ohne Metzgerei, oder nur Metzgerei allein, von Anfängern zu kaufen gesucht. Preis u. Anzahlung Nebensache. Offerten u. N. S. 1874 an Rudolf Mosse, Altm. erbeten. Baldige Übernahme erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

**Harmonium** (Ranburg), nußbaum, mit 8 Register, sehr gut erhalten, ist preiswert zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.  
Ein ordentliches **Kochlehr-Mädchen** kann sofort eintreten ohne gegenseitige Vergütung. Wohnung außer Hause.  
**Benion Adam, Weinstube, Hirsau.**

**Zimmermädchen-Gesuch.**  
Wegen Erkrankung zuverlässiges **Mädchen** zur Aushilfe gesucht.  
**A. Ahdler, Hotel Hirsch, Bad Teinach.**

**Kaffee** in bekannt guter Mischung,  
roh und jede Woche frisch gebrannt  
empfiehlt bestens **C. Serva** Fernsprecher-Nr. 120.

**Bad Liebenzell.**  
Samstag, 21. August abends punkt 8 Uhr:  
**Abend-Konzert**  
in den Städt. Kuranlagen.  
Ausgeführt vom **Mandolinen- u. Gitarren-Club Calw** (M.-G.-C. 1919).  
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale des Gasthofs zum „Adler“ statt.  
Eintritt 2 Mk. Programm an der Kasse.  
Vorverkauf in der Buchhandlung E. Kirchherr, Calw u. Buchhandlung Bodamer, Bad Liebenzell.

**Hirsau! Adam's Weinstube!**  
Sonntag, den 22. August, von abends 7 1/2 bis 9 Uhr  
**Abendessen (Souper)**  
Speisenfolge:  
Hühnercremesuppe | Schweinerippchen gebraten mit Rotkraut und glacierten Kartoffeln  
Apfelkuchen mit Schlagrahm.  
Sonderplatte: Junges Huhn auf Risotto mit Champignons nach Marengo.  
**Oskar Adam, Küchenchef.**  
Tischbestellung Telefon Nr. 17 erbeten.

Komme am Samstag, den 21. ds. Mts. nach Calw mit einem größeren Posten **Plüsch-Hauschuhe.**  
Das Paar zu Mk. 16.— offeriert **Friedrich Wahl, Ludwigsburg.**  
Für gutgehendes Geschäft wird in guter Lage für sofort oder später ein **Laden,** wenn möglich mit Nebenraum, zu mieten gesucht.  
Gefällige Angebote sofort unter N. St. 500 an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Achtung!**  
Habe 0,7 Stück 3 Monate alte, weiße **Riesen-Raninchen** zu verkaufen.  
**Otto Kling, Weinberg, D.-A. Neuenbürg.**  
Ein beinahe noch neues **Fenster,** 1,43 m hoch u. 0,94 m breit, mit Futter und Bekleidung, sowie 1 Paar hierzu passende Läden zu verkaufen.  
**Leuchtelweg 615.**